

Zürich, 27. Oktober 2003

KR-Nr. 328/2003

POSTULAT von Monika Spring (SP, Zürich) und Sabine Ziegler (SP, Zürich)

betreffend Verkehrsplafonierung bei Nichteinhaltung der Immissionsgrenzwerte

Der Regierungsrat wird beauftragt, mit geeigneten Massnahmen sicherzustellen, dass das Umweltschutzrecht, insbesondere die Luftreinhalteverordnung und die Lärmschutzverordnung, entlang der vielbefahrenen Verkehrsachsen im Stadt- und Agglomerationsraum eingehalten werden. Bei Überschreitung der Immissionsgrenzwerte soll das Mittel der Verkehrsplafonierung eingesetzt werden.

Monika Spring
Sabine Ziegler

Begründung:

Das Umweltschutzgesetz (USG), insbesondere die Luftreinhalteverordnung (LRV, SR 814.318.142.1) und die Lärmschutzverordnung (LSV, SR 814 41), verpflichtet die Kantone, übermässige Immissionen durch geeignete Massnahmen zu verhindern. Die bisherigen Massnahmen bestehen weitgehend darin, dass Beiträge an den Einbau von Schallschutzfenstern geleistet werden. Dies widerspricht dem heutigen Erkenntnisstand, nach welchem Immissionen in erster Linie an der Quelle beziehungsweise beim Verursacher zu bekämpfen sind. Mit geeigneten Anlagen und / oder Spur- oder Geschwindigkeitsreduktionen kann die Verkehrsmenge pro Zeiteinheit gesteuert werden. Genügen diese Massnahmen nicht, sind die Fahrzeugbewegungen durch Nachsperrzeiten oder Wochenendfahrverbote so zu plafonieren, dass die Immissionsgrenzwerte eingehalten werden.

328/2003